

Zeichen der Zeit : "Alle machen Fehler" - Notizen vom Open Forum Davos

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **99 (2005)**

Heft 2

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Besorgniserregend war die Art, wie Unternehmer und Regierungsmitglieder, die zu wichtigen Fragen Stellung nehmen sollten, sich hinter wohligen Allgemeinplätzen versteckten.» So hat die Financial Times (31.1.05) das grosse Palaver am diesjährigen World Economic Forum (WEF) in Davos beschrieben. Nicht anders habe ich die Unternehmer und Regierungsmitglieder am «Open Forum Davos 2005» erlebt, das von WEF, SEK und Brot für alle organisiert wurde. Die «wohligen Allgemeinplätze» entpuppten sich immer mehr als Formen der Dialogverweigerung. Daraus wurde ein Lehrstück für vergleichbare Veranstaltungen mit Führungskräften aus Wirtschaft und Politik.

Aus der Trickkiste des Scheindialogs

Den Dialog verweigert nicht nur, wer ein Gespräch ablehnt. Es gibt die subtilere Form, den Dialog zum Schein zu führen, aber nicht wirklich auf die andere Seite einzugehen, sich gegen ihre Kritik vielmehr zu immunisieren. Ich habe in Davos einiges dazugelernt. Zunächst am ersten Podium «*Macht sich die Beachtung der Menschenrechte bezahlt?*»

Lord Browne of Madingley, der Konzernleiter von BP, einer der drei grössten Erdölfirmen, wird vom Publikum gefragt, was er von der Nomination seines Unternehmens für den Public Eye Award in der Kategorie Arbeitsrechte halte. «Stimmt alles nicht», lautet die Antwort. Mit der Nomination sollte BP aufgefordert werden, beim Bau der Pipeline von Baku nach Tblishi und Ceyhan das internationale Arbeitsrecht zu befolgen, statt es in einem Vertrag mit den Regierungen von Aserbaidshan, Georgien und der Türkei wegzubedingen.

Der BP-Lord merkt, dass die *blosse Leugnung* dieser Machenschaften nicht verfängt und versucht es mit einem zweiten Trick: Er relativiert die *Fakten zu Meinungen*. Das heisst nun: «Alle haben das Recht, zu prüfen, was BP tut, aber es gibt halt unterschiedliche Blick-

Willy Spieler

«Alle machen Fehler» – Notizen vom Open Forum Davos

winkel.» Fakten müssen so gar nicht mehr geprüft werden, es genügt, die Meinungsfreiheit zu «respektieren».

Als dritte Methode, einen Scheindialog zu führen, hat Lord Browne auch die am Open Forum meistgehörte Antwort zur Hand: *Nobody is perfect*. «Natürlich macht BP Fehler – wie alle anderen auch.» So werden eigene Unzulänglichkeiten ohne weitere Präzisierung eingeräumt – und scheinbar unangreifbar dem Menschlich-Allzumenschlichen zugeordnet. Was bescheiden daherkommt, erweist sich nur als eine andere Form von Überheblichkeit.

«Auch wir machen Fehler», bekennt auf demselben Podium Gary Steel, der oberste Personalchef von ABB. Welche Fehler, sagt er nicht. Aber er formuliert zwei «*Dilemmata*» als eine vierte Variante des Scheindialogs. Transnationale Unternehmen müssten nun mal in «menschenrechtliche Problemgebiete» gehen, vom Sudan bis China. «Wenn wir nicht hingehen, dann tun das die andern.» Was freilich die tun, die hingehen, ist damit noch lange nicht beantwortet. Das zweite Dilemma formuliert Steel ebenso final wie humanitär: «Wenn wir keinen Profit machen, dann sind wir nicht im Geschäft, wenn wir nicht im Geschäft sind, können wir nicht helfen.» Auf die Frage, warum ABB mit dem Bau

des Merowe-Staudamms im Sudan eine ganze Bevölkerung vertreibe, antwortet Steel: «Da haben Sie mehr Informationen als ich selbst. Aber immerhin bringen wir den Leuten Strom. Es ist eine langfristige Frage, wie wir das Gute bewirken. Weitere Details können wir hier nicht diskutieren.»

Im *Vertrösten auf die gute Zukunft*, dieser fünften Ausweichvariante, sind Gary Steel und der CEO von BP unübertrefflich. Natürlich seien «Menschenrechte wichtig», sagt Lord Browne. BP wolle auch «nicht nur den Gewinn betrachten», aber die Multis seien überfordert, wenn sie die Menschenrechte von heute auf morgen durchsetzen müssten. Dass es dabei nicht um heute oder morgen geht, sondern um Leben und Tod, sagt er nicht. Die wirtschaftliche Entwicklung werde die Menschenrechte von selbst voranbringen. Ohne solchen «Optimismus» könne «die Wirtschaft» nicht leben. «Das Beste steht uns noch bevor.» Das Prinzip Hoffnung wird neoliberal.

Allerdings können die Unternehmungen ihre Wohltaten nicht nur rühmen, sondern auch als Drohung einsetzen. So meint der BP-Lord, man solle die Konzerne nicht dafür schelten, dass sie Gewinn machen. Er sagt es auf die Frage, warum die Armen arm bleiben und die Reichen reicher werden. In Grossbritannien komme schliesslich jedes 6. Pfund im Rentenfonds von BP. Diese sechste Form der Dialogverweigerung ist ein «Geiselerargument».

«Sind die USA auf dem richtigen Weg?» fragt ein weiteres Panel. Wieder höre ich: «Alle machen Fehler» – vom republikanischen Kongressabgeordneten *James A. Leach*, der nach einer Antwort auf die Frage nach dem Folterskandal von *Abu Ghraib* sucht. Ich höre auch wieder das «Geiselerargument». Ein ehemaliger Berater der Bush-Administration erwartet mehr Respekt gegenüber der US-Regierung, schliesslich seien die USA die «wichtigste Wachstumsmaschine für Europa».

Bürgerliche Bundesräte beherrschen noch eine siebte Form der Dialogverweigerung: Sie sagen nichts Falsches, aber sind Meister im *Verschweigen der ganzen Wahrheit*. *Pascal Couchepin* wird gefragt, warum sich die Schweiz nicht für Sozial- und Umweltklauseln in der WTO einsetze. Seine Antwort heisst: «Man kann nicht alle Probleme auf einen Schlag lösen» – als ob es an der Zeit und nicht am politischen Willen gefehlt hätte. Zuständig für das Soziale, so Couchepin weiter, sei die ILO – als ob die Internationale Arbeitsorganisation gleich harte Normen erlassen könnte wie die WTO. Ob die Schweiz «vom Musterland zum Durchschnittsstaat» mutiere, lautet die Titelfrage für dieses Podium. Steht das Bankgeheimnis etwa für das Musterland? Couchepin greift zum Geiselerargument: Der Finanzplatz macht 8 % der Beschäftigten aus, generiert 12 % des BSP und 20 % der Steuern. Ethik hat hier einen schweren, wenn überhaupt einen Stand.

Joseph Deiss steht seinem Kollegen nicht nach. Auf die Frage, ob er verbindliche UNO-Normen für verantwortliches Wirtschaften unterstütze, meint der Wirtschaftsminister: Ja, er unterstütze den Global Compact der UNO zur Förderung verantwortlichen Handelns – dem Verbindlichkeit und Kontrolle doch gerade fehlen. Und die von der Menschenrechtskommission entwickelten UNO-Normen für Unternehmensverantwortung? Ihre Verbindlichkeit hänge nicht nur von der Schweiz ab, sagt Deiss. Aber dass die Schweiz sich aktiv für diese Verbindlichkeit einsetzen wolle, sagt der Virtuose der diplomatischen Sprache nicht.

Auf die Frage, was er von Grosskonzernen halte, die Tausende von Arbeitsplätzen abbauten, meint der Wirtschaftsminister: Es sei besser, Arbeitsplätze rechtzeitig abzubauen, als eine Firma zugrunde gehen zu lassen. Er erwähnt als negatives Beispiel die *Swissair*. Was aber, wenn Arbeitsplätze nur abgebaut wer-

den, um die Eigenkapitalrendite auf 15 und mehr Prozent zu steigern, obschon auch 8 Prozent mehr als genug wären? Das wäre doch die Frage gewesen.

«*Wann dient die Wirtschaft den Menschen?*» heisst das letzte Podium, an dem Deiss auftritt. «Soll ich jetzt ganz ehrlich sein?» fragt nicht der Bundesrat, sondern der CEO von *Ernst and Young*, *Peter Atha-nassaglou*. Die Frage versteht sich offenbar nicht von selbst, seine Antwort auch nicht: In den 90er Jahren sei «business» nichts anderes gewesen als «fun of having a lot of money». Und: «Jetzt sprechen die gleichen Leute von Solidarität und Armutsbekämpfung.» Aber noch immer sei «the business of business to make business».

Kein Interesse an «Accra»?

Die Kirche, obschon Mitveranstalterin des Open Forum, hält sich – milde gesagt – zurück. Sie kritisiert nicht die seltsamen Vorstellungen von einer *Unternehmensethik*, die einmal instrumentalistisch fragt, ob sich die Befolgung der Menschenrechte «bezahlt» mache, und sich ein andermal auf karitative Werke reduziert, als ob der gute Zweck die Gewinnmaximierung heilige.

Klartext spricht wenigstens *Bärbel Wartenberg-Potter* am Panel über die USA. Die Bischöfin der Nordelbischen Evangelischen Kirche distanziert sich von *George W. Bush*, dessen Fundamentalismus «*häretische Aspekte*» enthalte. Die wichtigen Fragen von Gerechtigkeit und Frieden blieben ausgeblendet, während persönliche Entscheidungen vom Schwangerschaftsabbruch bis zur Homoehe zum Politikum gemacht würden. Häretisch für die Bischöfin sind vor allem Meinungen wie: die USA seien ein «*auserwähltes Volk*», die Welt lasse sich nach Gut und Böse trennen und das Böse – der Feind der USA – werde nur durch Krieg überwunden. Die Bischöfin plädiert für die rule of law auf internationaler Ebene. «Gott liebt die Welt als ein Ganzes.» Gerade eine sich als christlich

verstehende Nation sollte dies beachten.

Doch das Votum verhallt ins Leere. Selbst der demokratische Senator *Chris Dodd* von Connecticut bleibt der Bischöfin die Antwort schuldig, als sie ihn fragt, warum nicht wenigstens die Demokratische Partei «Frieden und Gerechtigkeit» in den politischen Diskurs einbringe, statt der evangelikalen Seite die politische Besetzung «christlicher Werte» zu überlassen.

Nicht besser ergeht es *Setri Nyomi*, dem Generalsekretär des Reformierten Weltbundes. Am Panel über die Schweiz erinnert er an Zwingli und Calvin, die sich in die Politik ihrer Zeit eingemischt hätten, um soziale Gerechtigkeit einzufordern. Statt in dieser Wertetradition zu stehen, habe die Schweiz es versäumt, «sich an die Spitze des Kampfes gegen die Apartheid zu stellen, nur um die eigenen Banken zu schonen». Die heutige Weltwirtschaft führe zu grösserer Armut in Afrika und Lateinamerika. Es dominierten «Gier und Selbstsucht», gestützt von einer «liberalen Doktrin».

Nestlé-Chef *Peter Brabeck* verdreht Nyomi die Worte, als hätte dieser sich gegen jede Form von Marktwirtschaft ausgesprochen. Nur, was «Accra» wirklich will, scheint niemanden zu interessieren. Das ist auch am letzten Podium nicht anders. Da lässt sich *Christoph Stückelberger* vom Moderator fragen, warum die Accra-Erklärung von der «massiven Bedrohung des Lebens» als Folge «eines ungerechten Wirtschaftsystems» spreche. Und antwortet gleich mit einer doppelten Relativierung: Die Schärfe der Kritik sei halt von den «Kirchen des Südens» so verlangt worden. Und: «Der rwb hat scharfe Worte formuliert, aber die Wirklichkeit hat verschiedene Seiten». Immerhin sagt Stückelberger, «Accra» wolle eine Alternative zum «Terrorismus der Börse». Welche Alternative, sagt er nicht. Er wird auch nicht danach gefragt. Der Dialog zwischen Kirche und «Welt» findet einmal mehr nicht statt. ●